vinetur

Polen will Abgabe auf Mini-Alkoholflaschen vervierfachen

Die Einnahmen aus der Abgabe sollen vollständig an den Nationalen Gesundheitsfonds fließen und von rund 560 Millionen auf 1,5 Milliarden Złoty steigen.

Montag, 23. November 2026



Die polnische Regierung schlägt eine deutliche Erhöhung der Sonderabgabe auf den Verkauf kleiner Alkoholflaschen vor. Die gesamten Einnahmen sollen künftig in das öffentliche Gesundheitssystem des Landes fließen. Dadurch würden beliebte Mini-Flaschen teurer, während den Kommunen Geld entzogen würde.

Die geplante Änderung betrifft die sogenannte małpkowe-Abgabe, benannt nach den małpki, den kleinen Wodkaflaschen, die üblicherweise in Größen von 100 und 200 Millilitern verkauft werden. Dem Gesetzentwurf zufolge soll der Nationale Gesundheitsfonds, kurz NFZ, die gesamten Einnahmen erhalten. Derzeit werden sie zwischen dem Fonds und den Kommunen aufgeteilt.

Die Maßnahme ist Teil umfassenderer Bemühungen der Regierung, zusätzliche Mittel für den NFZ aufzutreiben, der unter erheblichem finanziellen Druck steht. Dem Bericht zufolge fehlen dem Fonds allein für die laufenden Ausgaben mehr als 10 Milliarden Złoty. Zudem sind die Abrechnungen für nicht gedeckelte Gesundheitsleistungen, die im zweiten Quartal 2026 erbracht wurden, noch nicht abgeschlossen. Krankenhäuser reagieren darauf mit Aufnahmestopps, verweisen einige Patienten an andere Einrichtungen und vergeben vielen anderen erst weit in der Zukunft Termine.

Die Regierung hat bislang keine Änderung an einem gesonderten Gesetz zu den Gehältern vorgenommen, das jährliche Lohnerhöhungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen garantiert, obwohl dieses Gesetz weithin als wesentlicher Treiber des wachsenden Defizits des Fonds gilt. Stattdessen unterstützt das Finanzministerium enger gefasste Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen aus dem Alkoholverkauf.

Eine dieser Maßnahmen ist bereits auf den Weg gebracht. Ein früheres Gesetz zur Erhöhung der Alkohol-Verbrauchsteuer um 20 % unterzeichnete Präsident Karol Nawrocki am 18. November. Die Erhöhung soll dem NFZ zusätzliche 1,4 Milliarden Złoty einbringen. Die Regierung rechnet nun damit, dass die höhere małpkowe-Abgabe etwa ebenso viel, wenn nicht mehr, einbringen wird.

Dem erklärten Zweck des Gesetzentwurfs zufolge sollen die zusätzlichen Mittel Bildungs- und Präventionsprogramme, psychiatrische Versorgung, Suchtbehandlung und andere Gesundheitsleistungen im Zusammenhang mit alkoholbedingten Schäden finanzieren. In ihrer Folgenabschätzung bezeichnet die Regierung den Alkoholkonsum als erhebliches Suchtrisiko und erklärt, Polen liege in den Daten der Weltgesundheitsorganisation zum Pro-Kopf-Alkoholkonsum weltweit auf Platz 12. Laut derselben Folgenabschätzung ist Alkohol in Polen nach wie vor zu billig. Höhere Preise gehörten zu den wirksamsten Mitteln, um übermäßigen Konsum einzudämmen,

insbesondere bei jungen Menschen und den stärksten Trinkern.

Die Regierung verweist zudem darauf, dass Alkohol immer erschwinglicher werde. 2021, als die Abgabe auf Mini-Flaschen eingeführt wurde, konnte man sich von einem durchschnittlichen Monatsgehalt 841 Miniaturflaschen kaufen. 2025 waren es bereits 1.026.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Erhöhung fällt deutlich aus. Bei einer 100-Milliliter-Flasche Wodka beträgt die małpkowe-Abgabe derzeit 1 Złoty. Sie soll auf 4 Złoty steigen. Bei einer 200-Milliliter-Flasche liegt die Abgabe aktuell bei 2 Złoty und soll auf 8 Złoty erhöht werden. Die Regierung erwartet, dass der Verkauf von Mini-Flaschen um ein Viertel zurückgeht. Aufgrund des höheren Satzes rechnet sie dennoch mit einem deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen. Das derzeitige jährliche Aufkommen aus der Abgabe wird auf 560 bis 590 Millionen Złoty geschätzt. Nach der Erhöhung soll es nach Regierungserwartungen 1,5 Milliarden Złoty erreichen.

Gleichzeitig geht der Gesetzentwurf davon aus, dass die Ausgaben der Haushalte für Alkohol nach Inkrafttreten der neuen Regeln um mehr als 1,1 Milliarden Złoty steigen werden. Das hat die Kritik verstärkt, die Maßnahme diene eher dazu, Haushaltslöcher zu stopfen, als den Alkoholkonsum zu senken. Maria Libura, Expertin beim Polish Network of Economics, bezeichnete sie als klassische Sündensteuer und sagte, der Staat solle sich darauf konzentrieren, die Alkoholabhängigkeit drastisch zu verringern, statt daran zu verdienen. Der frühere NFZ-Chef Andrzej Sośnierz argumentierte, dass manche Verbraucher womöglich einfach wieder zu größeren Flaschen greifen, wenn Mini-Flaschen zu teuer werden, anstatt weniger zu trinken.

Eine solche mögliche Verschiebung hätte Folgen, die über die Steuerpolitik hinausgehen. Für Brennereien, Vertrieb und Einzelhandel könnte eine höhere, an das Flaschenformat gebundene Abgabe die Preisgestaltung verändern, die Margen schmälern und Entscheidungen über Verpackungsformate beeinflussen – insbesondere, wenn Verbraucher in einem der bedeutenden Spirituosenmärkte Europas von kleinen Flaschen zu größeren Formaten wechseln.

Der Gesetzentwurf würde auch die Verteilung der Einnahmen verändern. Die Regierung erklärt, dass die Kommunen ihren Anteil an der Abgabe nicht immer für Suchtprävention und die Verringerung alkoholbedingter Schäden eingesetzt hätten. Der Begründung des Entwurfs zufolge blieben den Kommunen 2025 rund 77 Millionen Złoty ungenutzt. Außerdem hätten einige Kommunen die Mittel für Aktivitäten verwendet, die nur lose mit der Alkoholpolitik zusammenhingen, darunter Messen, Sport- und Freizeitveranstaltungen, Tanzkurse für Senioren sowie sogar die Anschaffung und Installation von Abfallbehältern. Zugleich räumte die Regierung Ausgaben für Ausnüchterungsstellen, Interventionszentren und Vertrauens-Hotlines ein.

Um den Wegfall der Einnahmen aus der małpkowe-Abgabe auszugleichen, plant die Regierung, die Gebühren für Alkoholverkaufslizenzen anzuheben. Die erwarteten Mehreinnahmen für die Kommunen belaufen sich jedoch auf rund 150 Millionen Złoty – etwa die Hälfte dessen, was sie derzeit aus der Abgabe auf Mini-Flaschen erhalten. Das hat heftigen Widerstand bei Kommunalvertretern ausgelöst. Sie betonen, dass Suchtbehandlung die Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene nicht ersetzen könne.

Der Verband der polnischen Städte erklärte, eine Kürzung der kommunalen Mittel für Prävention könne zu mehr sozialen und gesundheitlichen Problemen führen und dadurch später das Gesundheits- und Sozialsystem noch stärker belasten. Marek Wójcik, Experte beim Verband der polnischen Landkreise, sagte, der Vorschlag würde den Haushalt des NFZ nur geringfügig entlasten, sich aber erheblich auf die kommunalen Finanzen auswirken. Außerdem warnte er, der Gesetzentwurf würde im Zusammenhang mit Alkoholverkaufsgenehmigungen einen hohen zusätzlichen Verwaltungsaufwand schaffen und wegen unpräziser Formulierungen zu langwierigen Rechtsstreitigkeiten mit Unternehmen führen können.

Wojciech Konieczny, Senator der Linken und ehemaliger stellvertretender Gesundheitsminister, der an Änderungen des polnischen Nüchternheitsgesetzes mitgearbeitet hat, sagte, seine Partei habe einen eigenen Vorschlag für eine Gesundheitsabgabe, der sämtliche Verbrauchsteuereinnahmen aus Alkohol und Tabak der Behandlung zuführen solle. Wenn der Staat den Kommunen nun Geld entziehe, müsse er sie jedoch vollständig entschädigen, damit sie ihre Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch fortsetzen könnten.